



Land will Verbot von Zweckentfremdung

WOHNEN: Ministerrat stimmt für Verlängerung von Mietpreisbremse und Kappungsgrenze

Mit zwei Maßnahmenpaketen will die Landesregierung weiter gegen überzogene Mieten in den rheinland-pfälzischen Großstädten vorgehen. Der Ministerrat hat Mitte September einen Gesetzentwurf von Finanzministerin Doris Ahnen über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum beschlossen. Das Gesetz soll es Kommunen, in denen die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum als besonders gefährdet gilt und in denen diesem Mangel nicht mit anderen „zumutbaren Mitteln in angemessener Zeit“ abgeholfen werden kann, ermöglichen, so genannte Zweckentfremdungssatzungen zu erlassen. Mit deren Hilfe können in Zukunft Zustände wie etwa eine überwiegende gewerbliche Nutzung von Wohnraum, die Vermietung für Zwecke der Fremdenbeherbergung über einen Zeitraum von zwölf Wochen pro Kalenderjahr hinaus oder auch ein länger als sechs Monate andauernder Leerstand von Wohn-

raum eingeschränkt werden. Ob das Instrument tatsächlich genutzt wird, bleibe aber den Kommunen selbst überlassen. Der Landtag muss noch endgültig über das Gesetz entscheiden.

Des Weiteren hat der Ministerrat der Aktualisierung der Mietpreisbremse sowie der Kappungsgrenze zugestimmt. Nach der Mietpreisbremse dürfen die Mieten in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten bei neu abgeschlossenen Mietverträgen grundsätzlich nur um maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Nach der Aktualisierung der Gebietskulisse gelten die Städte Landau, Mainz, Trier und erstmals Speyer als Gebiete mit angespannten Wohnungsmärkten. In den vier Städten soll zudem die sogenannte Kappungsgrenze um fünf Jahre verlängert werden. Diese besagt, dass die Miete innerhalb von drei Jahren nicht um mehr als maximal 20 Prozent steigen darf. **AS**

LANDESREDAKTION

Anja Obermann
Dagobertstraße 2
55116 Mainz

Andreas Schröder
Tel: 0179 / 90 450 25
E-Mail: schroeder@handwerksblatt.de



KOLUMNE:

Selbstverwaltung ohne Ehrenamt? Undenkbar!

Das Bundesgesundheitsministerium formuliert im Referentenentwurf zum „Faire-Kassenwahl-Gesetz“ Maßnahmen zum Abbau der ehrenamtlichen Selbstverwaltung beim Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen (GKV-SV). Diesen Schnitt lehnt der Verwaltungsrat der IKK Südwest ab. In einer Resolution formulieren die Verwaltungsratsvorsitzenden Rainer Lunk und Ralf Reinstädler und die Mitglieder der Selbstverwaltung ihre Kritik am Entwurf. Hintergründe beleuchtet Rainer Lunk in seiner Kolumne.

Bisher wurde die Selbstverwaltung der Versicherten und Arbeitgeber, die die Beiträge zur solidarischen Krankenversicherung aufbringen, als grundlegendes Prinzip der gesetzlichen Krankenversicherung und Stütze der gesellschaftlichen Stabilität und Gerechtigkeit anerkannt. Auch das Bundesgesundheitsministerium unter Bundesminister Jens Spahn (CDU) stellte bislang die Leistungen der Selbstverwaltung nicht in Frage. Dieser Umstand soll sich nun aber nach den Plänen des Gesundheitsministers grundlegend ändern.

Der Verwaltungsrat der IKK Südwest zeigt sich deshalb irritiert über einen im Referentenentwurf zum „Faire-Kassenwahl-Gesetz“ des Bundesgesundheitsministeriums versteckten Abbau ehrenamtlicher Selbstverwaltung beim Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen (GKV-SV). Der Verwaltungsrat des GKV-SV soll nicht mehr wie bisher mit ehrenamtlichen Selbstverwaltern besetzt werden, sondern künftig aus hauptamtlichen Kassenvorständen bestehen. Außerdem soll der Selbstverwaltung die Kompetenz über die Festlegung des Geschäftsgebietes nach Bundesländern durch eine bundesweite Zwangsöffnung aller Krankenkassen entzogen werden. Nachdem Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) bereits zuletzt vorgeschlagen hatte, dass Entscheidungen über neue Kassenleistungen nicht mehr nur im Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA), dem wichtigsten Organ der Selbstverwaltung, sondern auch im Bundesministerium gefällt werden sollen, sind dies neue unverständliche Vorstöße des Ministers zur Einschränkung der etablierten Selbstverwaltung.

Die Selbstverwaltung der gesetzlichen Krankenversicherung muss gestärkt und

nicht eingeschränkt werden. So ist es auch im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vorgesehen. Ein Verwaltungsrat ohne ehrenamtliche Selbstverwaltung ist für uns undenkbar. Die Selbstverwaltung der gesetzlichen Kassen kümmert sich um ausgewogene Entscheidungen im Sinne der Versicherten – unabhängig von politischen Konstellationen. Der Verwaltungsrat der IKK Südwest, der auch aus vielen Vertretern des Handwerks besteht, weist die geplanten Eingriffe entschieden zurück und betont die regionale Verbundenheit mit den Menschen in Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland.

Die Neuordnung des Finanzausgleiches der Krankenkassen und des Risiko-Struktur-Ausgleiches (RSA) hingegen wird begrüßt und war längst überfällig. Damit sorgt die Politik für Planungssicherheit und schlichtet einen Dauerstreit. Der Verwaltungsrat begrüßt die zur Reform des RSA vorgesehene Regionalkomponente, den geplanten Risiko-Pool und das Maßnahmenpaket zur Reduzierung der Manipulationsanfälligkeit sowie die Streichung systemfremder Risikomerkmale. Diese Reformen fordern wir schon lange. Es ist



Rainer Lunk

gut, dass unsere Vorschläge für einen fairen Finanzausgleich jetzt vom Bundesgesundheitsministerium zumindest teilweise aufgegriffen werden. Allerdings geht die Präventionsorientierung mit einer zu klei-

nen Vorsorge-Pauschale nicht weit genug. Schade ist auch, dass die Zuweisungen für Auslandsversicherte erst in einem zweiten Schritt angepasst werden sollen.

Mit Blick auf die Kernaufgabe der Krankenkassen benötigen wir keine überflüssigen Entmachtungsversuche der Selbstverwaltung. Die notwendige Finanz-Reform sollte ohne diese Stolpersteine umgesetzt werden. Es muss wieder darum gehen, dass für Patienten und Versicherte eine flächendeckend gute medizinische, pflegerische und therapeutische Versorgung dauerhaft und bezahlbar sichergestellt werden kann.

Die IKK Südwest

Aktuell betreut die IKK Südwest mehr als 640.000 Versicherte und über 90.000 Betriebe in Hessen, Rheinland-Pfalz und im Saarland. Versicherte und Interessenten können auf eine persönliche Betreuung in unseren 21 Kundencentern in der Region vertrauen. Darüber hinaus ist die IKK Südwest an sieben Tagen in der Woche rund um die Uhr über die kostenfreie IKK Service-Hotline 0800/0 119 119 oder www.ikk-suedwest.de zu erreichen.

„Geschäfte machen zu, Treffpunkte gehen flöten“

GESELLSCHAFT: Verband kommunaler Unternehmen diskutiert Spaltung zwischen Stadt und Land – Telekommunikation, ÖPNV und Wohnraum für die Mitarbeiter sind große Sorgen des Handwerks

VON ANDREAS SCHRÖDER

Wir leben in einer Zeit extremen Wandels – und die Menschen spüren das“, betonte Malu Dreyer, Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz und kommissarische Bundesvorsitzende der SPD, bei einer Podiumsdiskussion des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU) Mitte September in Mainz. In der Tat ist die Liste der lang- und kurzfristigen Veränderungen umfangreich: Der Klimawandel verändert die Welt, in der wir leben, direkt und zwingt sowohl Privatpersonen als auch Unternehmen zu einem Umdenken – sowohl was den Konsum als auch was das Mobilitätsverhalten angeht. Die Digitalisierung verändert das Arbeits- und Privatleben der Menschen, schafft neue Möglichkeiten für Betriebe, wird aber gleichzeitig sowohl von einigen Unternehmern als auch von vielen Angestellten als Bedrohung empfunden. Und dass mehr und mehr Orten im ländlichen Raum schnell an Bevölkerung verlieren weil es die Menschen in die so genannten Schwarmstädte zieht, hat negative Konsequenzen für beide Lebensräume. Mit der Veranstaltung „Spaltung überwinden – Lebensqualität in Stadt und Land sichern“ im Haus des Handwerks in Mainz wollte sich der VKU diesem Thema widmen. Unterm Strich blieben danach vor allem zwei Lektionen: Gerade das Handwerk ist im besonderen Maße von den Umbrüchen betroffen und Maßnahmen, die den Menschen das Leben eigentlich erleichtern sollen, können die Spaltung zwischen Stadt und Land weiter vertiefen, wenn sie nicht gut durchdacht sind.

Die Digitalisierung und ein verändertes Einkaufs- und Mobilitätsverhalten der Menschen führe dazu, dass es vielerorts kaum noch Handel gibt, weiß Michael Ebling, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Mainz und Präsident des VKU. Diese Beobachtung Ebblings stimmt für Stadt und Land. Der kleine Fleischer oder Bäcker hat es sowohl im Hunsrück und in



Malu Dreyer (2.v.r.), Michael Ebling (r.), Anja Obermann (3.v.r.), Heinz Kaiser (2.v.l.), Wirtschaftsjournalist Frank-Thomas Wenzel (r.) und Moderator Carsten Wagner (3.v.r.) diskutieren über das Gefälle zwischen Stadt und Land

der Eifel als auch in vielen Mainzer Stadtteilen und Vororten schwer. „Die Menschen spüren diese Veränderung. Kontakte gehen verloren, Geschäfte machen zu, Treffpunkte gehen flöten“, zeichnet Ebling ein nur allzu bekanntes Bild.

Für viele Handwerksbetriebe ist die Abwanderung vom Land in die Städte aber nicht nur in Bezug auf die Kunden ein Problem, wie Anja Obermann, Hauptgeschäftsführerin der Handwerkskammer Rheinhessen und Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft der Handwerkskammern Rheinland-Pfalz, erklärte. Während die Unternehmen auf dem Land mitunter Probleme haben, überhaupt noch Mitarbeiter oder Auszubildende zu finden, würden für Gesellen und Azubis in den Städten zunehmend die hohen Mieten zum Problem. Dr.-Ing. Heinz Kaiser, Mitglied des Vorstands der Mainzer Schott AG, erklärte, dass der Konzern inzwischen soweit gehe, Mitarbeitern

und Auszubildenden Zuschüsse zu den Mieten zu zahlen. Für kleine Handwerksbetriebe ist das natürlich keine Option.

Bleibt nur das Pendeln: Gerade für Auszubildende ohne eigenes Fahrzeug ist das häufig ein weiteres Problem. Denn die ÖPNV-Versorgung auf dem Land ist verbesserungswürdig, war man sich Mitte September auf dem Podium einig. Für viele Azubis und potenzielle Azubis bedeutet das, dass sie entweder erst gar keine realisierbare Stelle finden oder häufig mit Verspätungen im Betrieb oder in der Berufsschule erscheinen. Für Anja Obermann ist das Thema ÖPNV aber auch ein gutes Beispiel für eine noch immer fehlende Wertschätzung für das Handwerk und für die duale Ausbildung. Ein Mainzer Student zahle für sein Semesterticket, das ihn von Worms bis Koblenz und tief ins hessische Hinterland fahren lässt, 211 Euro im Semester. Einen Azubi, der von

Alzey nach Mainz in die Berufsschule muss, koste das Ticket dagegen 156 Euro im Monat. „Mehr als das Vierfache“, kritisiert sie.

Auch die Versorgung mit schnellem Internet und Mobilfunk ist und bleibt für die Handwerksbetriebe auf dem Land ein Thema. Michael Ebling kritisierte, dass das heutige System beim Ausbau dieser Netze einen zu großen Fokus auf die Wirtschaftlichkeit für die Anbieter lege. Moderne Kommunikation sei etwas, „dass das Leben dort erst sicher macht und ermöglicht“. Kommunen könnten sich beim Verlegen von Gasleitungen und von Kanälen ja auch nicht zurückhalten, wenn die Wirtschaftlichkeit nicht stimme. Schnelles Internet, so der Tenor, müsse heute Grundversorgung sein. Denn egal ob Dachdecker, Bauunternehmer oder Maschinenbauer – jeder Kleinbetrieb werde in Zukunft darauf angewiesen sein, mahnte Obermann.

„Geschäfte machen zu, Treffpunkte gehen flöten“

GESELLSCHAFT: Verband kommunaler Unternehmen diskutiert Spaltung zwischen Stadt und Land – Telekommunikation, ÖPNV und Wohnraum für die Mitarbeiter sind große Sorgen des Handwerks

VON ANDREAS SCHRÖDER

Wir leben in einer Zeit extremen Wandels – und die Menschen spüren das“, betonte Malu Dreyer, Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz und kommissarische Bundesvorsitzende der SPD, bei einer Podiumsdiskussion des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU) Mitte September in Mainz. In der Tat ist die Liste der lang- und kurzfristigen Veränderungen umfangreich: Der Klimawandel verändert die Welt, in der wir leben, direkt und zwingt sowohl Privatpersonen als auch Unternehmen zu einem Umdenken – sowohl was den Konsum als auch was das Mobilitätsverhalten angeht. Die Digitalisierung verändert das Arbeits- und Privatleben der Menschen, schafft neue Möglichkeiten für Betriebe, wird aber gleichzeitig sowohl von einigen Unternehmern als auch von vielen Angestellten als Bedrohung empfunden. Und dass mehr und mehr Orten im ländlichen Raum schnell an Bevölkerung verlieren weil es die Menschen in die so genannten Schwarmstädte zieht, hat negative Konsequenzen für beide Lebensräume. Mit der Veranstaltung „Spaltung überwinden – Lebensqualität in Stadt und Land sichern“ im Haus des Handwerks in Mainz wollte sich der VKU diesem Thema widmen. Unterm Strich blieben danach vor allem zwei Lektionen: Gerade das Handwerk ist im besonderen Maße von den Umbrüchen betroffen und Maßnahmen, die den Menschen das Leben eigentlich erleichtern sollen, können die Spaltung zwischen Stadt und Land weiter vertiefen, wenn sie nicht gut durchdacht sind.

Die Digitalisierung und ein verändertes Einkaufs- und Mobilitätsverhalten der Menschen führe dazu, dass es vielerorts kaum noch Handel gibt, weiß Michael Ebling, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Mainz und Präsident des VKU. Diese Beobachtung Ebblings stimmt für Stadt und Land. Der kleine Fleischer oder Bäcker hat es sowohl im Hunsrück und in



Malu Dreyer (2.v.r.), Michael Ebling (r.), Anja Obermann (3.v.r.), Heinz Kaiser (2.v.l.), Wirtschaftsjournalist Frank-Thomas Wenzel (r.) und Moderator Carsten Wagner (3.v.r.) diskutieren über das Gefälle zwischen Stadt und Land

der Eifel als auch in vielen Mainzer Stadtteilen und Vororten schwer. „Die Menschen spüren diese Veränderung. Kontakte gehen verloren, Geschäfte machen zu, Treffpunkte gehen flöten“, zeichnet Ebling ein nur allzu bekanntes Bild.

Für viele Handwerksbetriebe ist die Abwanderung vom Land in die Städte aber nicht nur in Bezug auf die Kunden ein Problem, wie Anja Obermann, Hauptgeschäftsführerin der Handwerkskammer Rheinhessen und Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft der Handwerkskammern Rheinland-Pfalz, erklärte. Während die Unternehmen auf dem Land mitunter Probleme haben, überhaupt noch Mitarbeiter oder Auszubildende zu finden, würden für Gesellen und Azubis in den Städten zunehmend die hohen Mieten zum Problem. Dr.-Ing. Heinz Kaiser, Mitglied des Vorstands der Mainzer Schott AG, erklärte, dass der Konzern inzwischen soweit geht, Mitarbeitern

und Auszubildenden Zuschüsse zu den Mieten zu zahlen. Für kleine Handwerksbetriebe ist das natürlich keine Option.

Bleibt nur das Pendeln: Gerade für Auszubildende ohne eigenes Fahrzeug ist das häufig ein weiteres Problem. Denn die ÖPNV-Versorgung auf dem Land ist verbesserungswürdig, war man sich Mitte September auf dem Podium einig. Für viele Azubis und potenzielle Azubis bedeutet das, dass sie entweder erst gar keine realisierbare Stelle finden oder häufig mit Verspätungen im Betrieb oder in der Berufsschule erscheinen. Für Anja Obermann ist das Thema ÖPNV aber auch ein gutes Beispiel für eine noch immer fehlende Wertschätzung für das Handwerk und für die duale Ausbildung. Ein Mainzer Student zahle für sein Semesterticket, das ihn von Worms bis Koblenz und tief ins hessische Hinterland fahren lässt, 211 Euro im Semester. Einen Azubi, der von

Alzey nach Mainz in die Berufsschule muss, koste das Ticket dagegen 156 Euro im Monat. „Mehr als das Vierfache“, kritisiert sie.

Auch die Versorgung mit schnellem Internet und Mobilfunk ist und bleibt für die Handwerksbetriebe auf dem Land ein Thema. Michael Ebling kritisierte, dass das heutige System beim Ausbau dieser Netze einen zu großen Fokus auf die Wirtschaftlichkeit für die Anbieter lege. Moderne Kommunikation sei etwas, „dass das Leben dort erst sicher macht und ermöglicht“. Kommunen könnten sich beim Verlegen von Gasleitungen und von Kanälen ja auch nicht zurückhalten, wenn die Wirtschaftlichkeit nicht stimme. Schnelles Internet, so der Tenor, müsse heute Grundversorgung sein. Denn egal ob Dachdecker, Bauunternehmer oder Maschinenbauer – jeder Kleinbetrieb werde in Zukunft darauf angewiesen sein, mahnte Obermann.



Land will Verbot von Zweckentfremdung

WOHNEN: Ministerrat stimmt für Verlängerung von Mietpreisbremse und Kappungsgrenze

Mit zwei Maßnahmenpaketen will die Landesregierung weiter gegen überzogene Mieten in den rheinland-pfälzischen Großstädten vorgehen. Der Ministerrat hat Mitte September einen Gesetzentwurf von Finanzministerin Doris Ahnen über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum beschlossen. Das Gesetz soll es Kommunen, in denen die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum als besonders gefährdet gilt und in denen diesem Mangel nicht mit anderen „zumutbaren Mitteln in angemessener Zeit“ abgeholfen werden kann, ermöglichen, so genannte Zweckentfremdungssatzungen zu erlassen. Mit deren Hilfe können in Zukunft Zustände wie etwa eine überwiegende gewerbliche Nutzung von Wohnraum, die Vermietung für Zwecke der Fremdenbeherbergung über einen Zeitraum von zwölf Wochen pro Kalenderjahr hinaus oder auch ein länger als sechs Monate andauernder Leerstand von Wohn-

raum eingeschränkt werden. Ob das Instrument tatsächlich genutzt wird, bleibe aber den Kommunen selbst überlassen. Der Landtag muss noch endgültig über das Gesetz entscheiden.

Des Weiteren hat der Ministerrat der Aktualisierung der Mietpreisbremse sowie der Kappungsgrenze zugestimmt. Nach der Mietpreisbremse dürfen die Mieten in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten bei neu abgeschlossenen Mietverträgen grundsätzlich nur um maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Nach der Aktualisierung der Gebietskulisse gelten die Städte Landau, Mainz, Trier und erstmals Speyer als Gebiete mit angespannten Wohnungsmärkten. In den vier Städten soll zudem die sogenannte Kappungsgrenze um fünf Jahre verlängert werden. Diese besagt, dass die Miete innerhalb von drei Jahren nicht um mehr als maximal 20 Prozent steigen darf. **AS**

LANDESREDAKTION

Anja Obermann
Dagobertstraße 2
55116 Mainz

Andreas Schröder
Tel: 0179 / 90 450 25
E-Mail: schroeder@handwerksblatt.de



Anzeige

KOLUMNE:

Selbstverwaltung ohne Ehrenamt? Undenkbar!

Das Bundesgesundheitsministerium formuliert im Referentenentwurf zum „Faire-Kassenwahl-Gesetz“ Maßnahmen zum Abbau der ehrenamtlichen Selbstverwaltung beim Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen (GKV-SV). Diesen Schnitt lehnt der Verwaltungsrat der IKK Südwest ab. In einer Resolution formulieren die Verwaltungsratsvorsitzenden Rainer Lunk und Ralf Reinstädter und die Mitglieder der Selbstverwaltung ihre Kritik am Entwurf. Hintergründe beleuchtet Rainer Lunk in seiner Kolumne.

Bisher wurde die Selbstverwaltung der Versicherten und Arbeitgeber, die die Beiträge zur solidarischen Krankenversicherung aufbringen, als grundlegendes Prinzip der gesetzlichen Krankenversicherung und Stütze der gesellschaftlichen Stabilität und Gerechtigkeit anerkannt. Auch das Bundesgesundheitsministerium unter Bundesminister Jens Spahn (CDU) stellte bislang die Leistungen der Selbstverwaltung nicht in Frage. Dieser Umstand soll sich nun aber nach den Plänen des Gesundheitsministers grundlegend ändern.

Der Verwaltungsrat der IKK Südwest zeigt sich deshalb irritiert über einen im Referentenentwurf zum „Faire-Kassenwahl-Gesetz“ des Bundesgesundheitsministeriums versteckten Abbau ehrenamtlicher Selbstverwaltung beim Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen (GKV-SV). Der Verwaltungsrat des GKV-SV soll nicht mehr wie bisher mit ehrenamtlichen Selbstverwaltern besetzt werden, sondern künftig aus hauptamtlichen Kassenvorständen bestehen. Außerdem soll der Selbstverwaltung die Kompetenz über die Festlegung des Geschäftsgebietes nach Bundesländern durch eine bundesweite Zwangsöffnung aller Krankenkassen entzogen werden. Nachdem Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) bereits zuletzt vorgeschlagen hatte, dass Entscheidungen über neue Kassenleistungen nicht mehr nur im Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA), dem wichtigsten Organ der Selbstverwaltung, sondern auch im Bundesministerium gefällt werden sollen, sind dies neue unverständliche Vorstöße des Ministers zur Einschränkung der etablierten Selbstverwaltung.

Die Selbstverwaltung der gesetzlichen Krankenversicherung muss gestärkt und

nicht eingeschränkt werden. So ist es auch im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vorgesehen. Ein Verwaltungsrat ohne ehrenamtliche Selbstverwaltung ist für uns undenkbar. Die Selbstverwaltung der gesetzlichen Kassen kümmert sich um ausgewogene Entscheidungen im Sinne der Versicherten – unabhängig von politischen Konstellationen. Der Verwaltungsrat der IKK Südwest, der auch aus vielen Vertretern des Handwerks besteht, weist die geplanten Eingriffe entschieden zurück und betont die regionale Verbundenheit mit den Menschen in Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland.

Die Neuordnung des Finanzausgleiches der Krankenkassen und des Risiko-Struktur-Ausgleiches (RSA) hingegen wird begrüßt und war längst überfällig. Damit sorgt die Politik für Planungssicherheit und schlichtet einen Dauerstreit. Der Verwaltungsrat begrüßt die zur Reform des RSA vorgesehene Regionalkomponente, den geplanten Risiko-Pool und das Maßnahmenpaket zur Reduzierung der Manipulationsanfälligkeit sowie die Streichung systemfremder Risikomerkmale. Diese Reformen fordern wir schon lange. Es ist



Rainer Lunk

gut, dass unsere Vorschläge für einen fairen Finanzausgleich jetzt vom Bundesgesundheitsministerium zumindest teilweise aufgegriffen werden. Allerdings geht die Präventionsorientierung mit einer zu klei-

nen Vorsorge-Pauschale nicht weit genug. Schade ist auch, dass die Zuweisungen für Auslandsversicherte erst in einem zweiten Schritt angepasst werden sollen.

Mit Blick auf die Kernaufgabe der Krankenkassen benötigen wir keine überflüssigen Entmachtungsversuche der Selbstverwaltung. Die notwendige Finanz-Reform sollte ohne diese Stolpersteine umgesetzt werden. Es muss wieder darum gehen, dass für Patienten und Versicherte eine flächendeckend gute medizinische, pflegerische und therapeutische Versorgung dauerhaft und bezahlbar sichergestellt werden kann.

Die IKK Südwest

Aktuell betreut die IKK Südwest mehr als 640.000 Versicherte und über 90.000 Betriebe in Hessen, Rheinland-Pfalz und im Saarland. Versicherte und Interessenten können auf eine persönliche Betreuung in unseren 21 Kundencentern in der Region vertrauen. Darüber hinaus ist die IKK Südwest an sieben Tagen in der Woche rund um die Uhr über die kostenfreie IKK Service-Hotline **0800/0 119 119** oder www.ikk-suedwest.de zu erreichen.